



Newsletter

Oktober II | 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Zuge meiner Einladung hat das Forschungsschiff Aldebaran in dieser Plenarwoche vor dem Parlamentsgebäude in Straßburg angelegt. Das Schiff befindet sich auf einer zweimonatigen Tour nach Paris, um an der Klimakonferenz teilzunehmen. Wir haben der Crew von unserer Meeresintergroup etwas mit auf den Weg gegeben - näheres dazu im Text.

An kontroversen Themen hat es auch diese Woche im Plenum nicht gemangelt. Es wurde beispielsweise über die Netzneutralität abgestimmt. Die FDP-Delegation hat geschlossen gegen einen Bericht zur Zukunft der Telekommunikation gestimmt, da die Freiheit des Internets gefährdet wird. Auch gegen zu strenge Richtlinien für Methan Grenzwerte habe ich mich gewehrt, denn das ist schlecht für die Landwirte. Zu guter Letzt haben wir auch die Verhandlungen zu den Medizinprodukten weiter vorangetrieben. Es ist jetzt schon abzusehen, dass es hier aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zu Verzögerungen kommen wird. Details zu diesen und weiteren Punkten finden sie gewohnt in den unteren Artikeln.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihre

Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Westbalkanroute: Zwietracht zwischen EU-Staaten hält an	<i>Seite 3</i>
Ein Rückschlag für das freie Internet	<i>Seite 3</i>
Zurückgewiesen: Vorschlag zur Nutzung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln	<i>Seite 4</i>
Richtlinie zu nationalen Emissionen: Geforderte Methan-Grenzwerte zu streng für Landwirte	<i>Seite 4</i>
Volle Unterstützung für die Satellitenüberwachung von Flugzeugen	<i>Seite 4</i>
Debatte zur Zeitumstellung	<i>Seite 5</i>

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Forschungsschiff Aldebaran auf dem Weg nach Paris	<i>Seite 6</i>
Neues zu Medizinprodukten	<i>Seite 6</i>
Eisenbahnnetz im Baltikum	<i>Seite 6</i>
Die Forstwirtschaft hat ein Wahrnehmungsproblem	<i>Seite 7</i>
Europäischer Einsatz gegen Plastikverschmutzung in den Meeren	<i>Seite 7</i>

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Nationale Maritime Konferenz in Kiel	<i>Seite 8</i>
Teamklausur in Wismar	<i>Seite 8</i>
Treffen mit schwäbischen Transportunternehmern	<i>Seite 8</i>
Deutsche Angelfreunde treffen sich in Göttingen	<i>Seite 9</i>
Terminvorschau	<i>Seite 9</i>

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Westbalkanroute: Zwietracht zwischen EU-Staaten hält an

Nachdem Anfang Oktober bereits Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Francois Hollande gemeinsam im Plenum zur Flüchtlingskrise gesprochen hatten, drehte sich auch dieses Mal die Hauptdebatte um das gleiche Thema. Konkret ging es um die völlig verstopfte Westbalkanroute, denn, nachdem Ungarn sich in den vergangenen Wochen abgeschottet hat, sind die Flüchtlinge auf eine neue Route über den Balkan ausgewichen. Leider hat sich seit Merkels und Hollandes letztem Auftritt nicht viel bewegt. Im Gegenteil: Die EU driftet immer weiter in einen Teufelskreis aus nationalen Alleingängen, Panikmache und Abgrenzung ab. Aber sind das die richtigen Lösungen? Ich denke nicht. Das sieht man schon daran, dass der Zustrom - vor allem über die erwähnte Westbalkanroute - immer weiter zunimmt.

Kommissionspräsident Juncker meldete sich im Plenum zu Wort. Er wiederholte gebetsmühlenartig, dass die EU eine gemeinsame Antwort finden muss. Er warb für seinen Plan, den er erst Anfang der Woche mit zehn EU-Staaten sowie Albanien, Mazedonien und Serbien verabschiedet hatte. Dieser besteht im Grunde aus drei Teilen: Außenpolitisch sollen die Probleme an der Wurzel, nämlich den Konflikten im Nahen Osten, bekämpft werden. Allerdings ist das für die EU äußerst schwierig, da sie keine traditionelle Außenpolitik betreiben kann und ihre Instrumente begrenzt sind. Hier kommt es also auf die Diplomatie der großen Mitgliedsstaaten an. Die EU kann jedoch effektiv bei Verhandlungen mit Drittstaaten - ins besondere der Türkei - auftreten und diese Länder bewegen, die Flüchtlingsströme besser zu kontrollieren. Zweitens schlägt die Kommission vor, dass durch bessere Kontrollen der europäischen Außengrenzen sowie durch eine verlässliche Registrierung, der unkontrollierte Zustrom eingedämmt wird. Dies kann zum Beispiel auch durch die vielbesprochenen Transitzonen geschehen. Schließlich muss die EU intern einen Weg finden die Quotenregelung durchzusetzen und die Unterbringung der Flüchtlinge zu verbessern. Juncker wies eindringlich darauf hin, dass der Winter vor der Tür steht und eine humanitäre Katastrophe droht.

Guy Verhofstadt, Vorsitzender der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament, wies in seiner Rede darauf hin, dass sich die EU in einer existenziellen Krise befindet. Die Situation ist ein gefundenes Fressen für alle Nationalisten und EU-Skeptiker. Sie instrumentalisieren die Krise für ihre Zwecke, um die EU bloßzustellen. Dies wurde im Laufe der Debatte leider gleich eindrucksvoll unterstrichen, als die Vorsitzenden der euroskeptischen Parteien die Bühne nutzten, um gegen die EU als Ganzes zu wettern, anstatt sich an einer Lösungsfindung zu beteiligen. Neben den euroskeptischen Parteien im Parlament gibt es große Probleme im Rat, denn die nationalen Regierungen wenden sich von der EU ab. Verhofstadt unterstrich eindringlich, dass dies der komplett falsche Ansatz ist, da man das Problem nur auf europäischer Ebene lösen kann. Das stimmt! Man muss die EU als Plattform nutzen, um sich auszutauschen, um zu koordinieren und zu kontrollieren. Fakt ist, dass die Politik auf hoher Ebene bis jetzt versagt hat, während auf kommunaler und regionaler Ebene Herkulesaufgaben gestemmt werden. Den Unterbringungen in Deutschland droht schon bald der Kollaps und auch die Helfer sind am Ende ihrer Kräfte. Wir haben es mit einem der komplexesten und kompliziertesten politischen Probleme zu tun, das sich von den Kommunen bis zur europäischen und internationalen Ebene zieht. Das darf jedoch keine Entschuldigung sein, den Prozess weiter zu verzögern, denn eine EU in diesem Zustand können wir uns langfristig nicht leisten.

Ein Rückschlag für das freie Internet

Gelegentlich gibt es in Straßburg besprochene Angelegenheiten, die in der Bevölkerung schon frühzeitig große Beobachtung auf sich ziehen. Das wird in der Regel durch eine hohe Anzahl von Bürgeranfragen an unser Büro verdeutlicht. Der Gesetzesentwurf über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet war ein solcher Fall. In den vergangenen Wochen erreichten uns hunderte Kommentare dazu. Die Bürger waren sehr besorgt, dass zukünftig Daten über das Internet unterschiedlich schnell weitergeleitet werden. Die begründete Befürchtung lautet, dass finanzstarke Unternehmen sich einen Vorteil verschaffen können, indem deren Daten schneller an den Endverbraucher gelangen.

Für uns Abgeordnete von der FDP war es eine verzwickte Situation: Einerseits lehnen wir dieses "Zweiklassen-Internet" klar ab. Das freie Internet wird dadurch in Gefahr gebracht und die Freien Demokraten stehen für fairen Wettbewerb zwischen etablierten Unternehmen und jungen Start-Ups. Andererseits wurde in diesem Bericht gleichzeitig über die Roaming-Gebühren abgestimmt. Für die Abschaffung der Extrakosten für Handygespräche im europäischen Ausland haben wir seit über zwei Jahren vehement gekämpft. Wie man es gedreht hätte, wäre es also gegen unsere Interessen gelaufen.

Letztlich haben jedoch alle FDP-Abgeordneten geschlossen gegen den Entwurf gestimmt, denn die Netzneutralität hat für uns oberste Priorität. Einen gleichberechtigten Zugang für alle Unternehmen halte ich für unabdingbar. Bedauerlicherweise hat sich das Parlament nicht mehrheitlich für den Schutz des freien Internets ausgesprochen. Dadurch werden Europas Start-ups im IT-Bereich durch die neue Regelung leider geschwächt. Ich möchte aber nochmals unterstreichen: Trotz unserer Ablehnung des Berichts steht die FDP weiterhin zur Abschaffung der Roaming-Gebühren, die ein Anachronismus des Binnenmarktes sind. Aber dies darf nicht auf Kosten der Netzneutralität geschehen.

Zurückgewiesen: Vorschlag zur Nutzung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln

Am Mittwoch hat das Parlament mit großer Mehrheit einen Vorschlag der Kommission zurückgewiesen, der die "Nutzung" von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln regeln soll. Auch wenn dies für jede Fraktion aus verschiedenen Gründen passiert ist, waren sich die Fraktionen einig, dass der Vorschlag der Kommission nicht umsetzbar ist und das Problem der Zulassung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln nicht löst. Dabei hatte Kommissionspräsident Juncker versprochen, den Zulassungsprozess innerhalb des sogenannten "stehenden Komitees", in dem die Mitgliedsstaaten auf Grundlage eines wissenschaftlichen Gutachtens abstimmen können, zu reformieren.

Sein Vorschlag wird dem allerdings nicht gerecht. Wir Liberalen setzen uns dafür ein, dass die Zulassung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln auf Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Studien erfolgen muss. Lebensmittel müssen sicher sein. Wir wollen uns weder vor Technologie verschließen, noch wollen wir durch nationalstaatliche Lösung einen Flickenteppich von Einzelregelungen, der am Ende das Wiedereinführen von Grenzkontrollen zur Folge hätte.

Richtlinie zu nationalen Emissionen: Geforderte Methan-Grenzwerte zu streng für Landwirte

Im Bericht zu Luftschadstoffen, der am Mittwoch vom Parlament angenommen wurde, fordert das Europäische Parlament eine drastische Senkung von Methan-Emissionen in den Europäischen Mitgliedsstaaten. Der Ausstoß von Schadstoffen in die Luft durch Landwirtschaft soll damit reduziert werden. Das ist prinzipiell richtig. Wir konnten erreichen, dass eine bestimmte Art von Methan, die bei der Viehhaltung ausgestoßen wird, vom Anwendungsbereich ausgenommen wird. Das ist wichtig, da es nicht das Ziel sein kann, dass Tiere in Zukunft nur noch in geschlossenen Ställen gehalten werden dürfen, damit das von ihnen ausgestoßene Methan nicht in die Atmosphäre gelangt. Der Methanausstoß in Deutschland soll bis zum Jahre 2030 um 39 Prozent reduziert werden. Als nächster Schritt wird die angenommene Parlamentsposition mit den Mitgliedsstaaten verhandelt.

Volle Unterstützung für die Satellitenüberwachung von Flugzeugen

Diese Woche forderte das Europäische Parlament die Kommission auf, ein System zur lückenlosen Verfolgung von Flugzeugen per Satellit einzuführen. Dafür hatte ich mich als transportpolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament seit einiger Zeit eingesetzt, denn die verbesserte Überwachung von Flugzeugen ist dank neuer Technologien möglich. Mit Satelliten können Flugzeuge über den Ozeanen und einsamen Landstrichen, wo Radarverbindungen schwierig oder zu teuer sind, einfach verfolgt werden. Das ist sinnvoll und realisierbar. Unfälle oder absichtlich herbeigeführte Katastrophen können damit zwar nicht verhindert werden, aber statt wochenlang erfolglos nach einer Maschine zu suchen, kann man schnell und gezielt Rettungs- und Bergungskräfte an die Unglücksstelle schicken. Spurlos verschwundene Flugzeuge wie von der Malaysia Airline im vergangenen Jahr wird es damit nicht mehr geben. Künftig sollen Flugzeuge zuverlässig weltweit per Satellit verfolgt werden

können. Die Reservierung der dafür notwendigen störungsfreien Radiofrequenz soll auf der kommenden World Communications Conference der International Telecommunications Union (ITU) im November beschlossen werden.

Debatte zur Zeitumstellung

Es hat gute Tradition, dass sich das Parlament jedes halbe Jahr über die Zeitumstellung aufregt, während die Europäische Kommission nagelfesten Zugeständnissen ausweicht. Dieses Mal war es wieder soweit: Die Abgeordneten wetterten parteiübergreifend gegen die Gesundheitsrisiken und Unannehmlichkeiten für Berufstätige sowie Schüler und die Kommission ging nicht darauf ein. Tatsächlich ist es so, dass manche Menschen wochenlang mit Folgeerscheinungen wie Müdigkeit zu kämpfen haben und die Umstellung massiven Einfluss auf ihr Leben hat. Dieses Mal hat die Kommission den Vorwand gebracht, dass man nur auf Grundlage fundierter, wissenschaftlicher Erkenntnisse handeln möchte. Es ist wirklich frustrierend, dass sich die Kommission in dieser Sache querstellt, obwohl sie damit das Leben der Menschen mit breiter politischer Unterstützung schnell und unbürokratisch verbessern könnte. Wir werden das gleiche Schauspiel also wieder in sechs Monaten erleben. Ich werde bis dahin versuchen, einen neuen "Hebel" zu finden, wie wir im Interesse der Menschen in Europa doch noch zum Ziel kommen und optimalerweise in Zukunft ganzjährig die Sommerzeit haben.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Forschungsschiff Aldebaran auf dem Weg nach Paris

Im Vorwort wurde schon die Aldebaran erwähnt. Dieses knallgelbe Forschungsschiff, sonst auch im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Meeresforschung unterwegs, hat sich Anfang Oktober mit einer wechselnden Crew aus Freiwilligen in Hamburg auf den Weg gemacht, um rechtzeitig zum Klimagipfel in Paris zu sein und für mehr erneuerbare Energien im Interesse unserer Ozeane zu werben. Ich habe den Start in Hamburg begleitet, und nach mehreren Stationen an deutschen Wasserwegen - beispielsweise in Osnabrück, wo Schulklassen Botschaften für Paris mitgeschickt haben - lag die Aldebaran jetzt während der Plenarwoche am EP-Anleger in Straßburg. Gemeinsam mit vier meiner Vizepräsidenten (aus Portugal, Kroatien und Deutschland) habe ich dort als Präsidentin der Meeres-Intergroup unsere Botschaft für Paris der Crew übergeben. In unserer Erklärung weisen wir auf die Bedeutung der Ozeane für das Klima hin und auf die Gefahren, die durch Erwärmung für die einzigartige Meereswelt, insbesondere die Korallenriffe, drohen.

Ozean und Klimaentwicklung war auch zentrales Thema einer Veranstaltung, die unsere Intergroup gemeinsam mit der Aldebaran und maritimen Organisationen durchgeführt hat. Als Redner konnten wir Professor Mojib Latif aus Hamburg gewinnen, den führenden deutschen Klimaexperten und Träger des diesjährigen deutschen Umweltpreises. Er zeigte in seiner Präsentation, wie der Klimawandel sich auf Arktis, Antarktis und Grönland, aber auch auf den weltweit unterschiedlich stark steigenden Meeresspiegel auswirkt, der insbesondere die Inseln im Südpazifik gefährdet. Im Vorfeld des Klimagipfels Ende November in Paris gibt es viele Veranstaltungen im Europaparlament. So konnte ich auf einem Seminar des "European Marine Board" in Brüssel nicht nur von Mojib Latif lernen, der dort ebenfalls über Ozeane und Klima vortrug, sondern auch von Meereswissenschaftlern aus anderen Mitgliedstaaten wie Großbritannien.

Neues zu Medizinprodukten

Bei den Verhandlungen um ein neues Gesetz zu Medizinprodukten zeichnet sich schon jetzt ab, dass das Ziel, bis zu Weihnachten einen fertigen Text zu haben, weiter in die Ferne rückt. Die letzte Verhandlungsrunde zeigte dies. Der Teufel liegt im Detail. Wir diskutierten über die Frage, wie man künftig mit ästhetischen Medizinprodukten umgehen wird, zum Beispiel die Haftungsfrage, Ausnahmeregelungen für Krankenhäuser, eine Implantat-Karte und Klassifizierungsregeln. Obwohl diese Punkte schon einmal diskutiert worden sind, konnte man sich noch immer nicht auf einen abschließenden Text einigen – schade. Das wichtige neue Thema dieser Sitzung – die Wiederverwendung und Wiederaufbereitung von Medizinprodukten – stellt die nächste große Herausforderung dar. Ich hoffe, dass die weitere Diskussion pragmatisch verläuft, da wir noch einige weitere komplexe Themen vor uns haben.

Eisenbahnnetz im Baltikum

Wahrscheinlich gehen Sie davon aus, dass man quer durch Europa per Bahn fahren kann (zumindest auf dem Festland). Das ist aber nicht der Fall: die baltischen Staaten sind nach wie vor nicht komplett mit dem Rest der EU verbunden. Ein wichtiges Teilstück wurde zwar vor kurzem eingeweiht, aber es muss dort noch viel Schiene gebaut und ergänzt werden. Bei einem wie immer ab 8.00 Uhr stattfindenden Arbeitsfrühstück diskutierten Abgeordnete aus dem Ostseeraum mit Vertretern der nationalen Regierungen und der Europäischen Kommission nach einer kurzen Präsentation über den Stand der Dinge. Für mich war dies auch von Interesse, da das Baltikum an dem europäischen Verkehrskorridor liegt, der die Nordsee- und Ostseehäfen verbindet und daher eine für Norddeutschland wichtige Achse für den internationalen Warenverkehr darstellt.

Die Forstwirtschaft hat ein Wahrnehmungsproblem

Jeder Abgeordnete hat neben den eigentlichen Hauptaufgaben noch andere "Lieblingsthemen". Bei mir ist das unter anderem die Forstwirtschaft, so dass ich bei Gelegenheit Veranstaltungen dazu wahrnehme. Bei einem Event in Brüssel referierte eine schwedische Industrievertreterin über die Bedeutung der Papierwirtschaft für Schweden. Der Wald nimmt dort jährlich 540 Tonnen CO₂ auf. Zudem hängen zahlreiche Jobs an der Forstwirtschaft und immer mehr innovative Produkte, wie Textilien, Baumaterialien und Biomasse, werden aus Papierfasern hergestellt. Ein Vertreter der Kommission konzentrierte seinen Beitrag auf die Bekämpfung von Entwaldung in Entwicklungsländern. Dafür werden detaillierte Aktionspläne erstellt. Bei der Umsetzung gibt es jedoch gewaltiges Verbesserungspotential. Innerhalb der EU muss man genauer klären, wie Entwaldung in bestehende Umweltpläne integriert werden kann. Ein Technologie-Sprecher betonte schließlich, dass die Nutzung von Holz sich stetig diversifiziert, zum Beispiel als Baugrundstoff, für Verpackungen und sogar als Nahrungsergänzung, Textilien und Technologieprodukt. Mein Fazit aus der Veranstaltung: Die Forstwirtschaft hat ein echtes Wahrnehmungsproblem, obwohl die Bedeutung zunimmt. Daher tut es gut von Beispielen wie Irland zu hören, wo der Waldanteil bis 2050 von 8 Prozent auf 18 Prozent erhöht werden soll.

Europäischer Einsatz gegen Plastikverschmutzung in den Meeren

Alain Cadec, Vize-Präsident der interfraktionellen Meeresgruppe, der ich vorstehe, organisierte im Oktober eine Veranstaltung im Zeichen der Bekämpfung von Plastikverschmutzung der Meere. Jährlich werden bis zu 20 Millionen Tonnen Plastik im Meer abgeladen. Es bedarf also konkreter Maßnahmen und Projekte! In Schottland gibt es beispielsweise ein "fishing for litter" Projekt und in Italien hat eine Initiative großen Erfolg, bei dem Fischer sich, neben der eigentlichen Tätigkeit, gleichzeitig um die Säuberung des Meeres kümmern. Dies wird unter anderem mit modernen Kommunikationsmitteln wie einer speziellen App gewährleistet. Zudem erhalten die Fischer eine Entlohnung für die Säuberung des Meeres. Unterschiedliche lokale und regionale Stakeholder sind involviert.

Politische Maßnahmen, wie verpflichtende und standardisierte Müllhalden an Häfen, verpflichtendes Abladen von Müll in europäischen Häfen sowie das Verbot des illegalen Abladens müssen konsequent umgesetzt werden. Zurzeit haben beispielsweise 80 Prozent der Schiffe Müll an Bord, wenn sie europäische Häfen verlassen. Die Europäische Kommission unterstützt Forschungsprojekte (wie Cleansea und Marisco) sowie ein Datenzentrum (European Marine Observatory). Leider war die Qualität anderer Initiativen nicht immer zufriedenstellend. Ein neues "Guardian of the Sea"-Programm soll helfen, Arbeitsstellen in der Fischerei zu bewahren und gegebenenfalls bei der Neuorientierung zu helfen. Dazu wird eine Finanzierung von 1.2Mio EUR zur Verfügung gestellt.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Nationale Maritime Konferenz in Kiel

Auch Bundeskanzlerin Merkel weiß gut über die Potentiale der maritimen Wirtschaft und der Meere insgesamt Bescheid - das war in ihrer Rede in Kiel deutlich zu spüren. Die durch lange Flaute aufgrund der Wirtschaftskrise beeinträchtigten Reeder waren erfreut zu hören, dass die Kanzlerin für Entlastung bei Sozialabgaben sorgen will. Im Gegenzug forderte sie aber ein, dass wieder mehr Schiffe unter deutscher Flagge fahren sollen - wichtig nicht nur fürs Image, sondern vor allem auch für Ausbildung und Förderung des maritimen Nachwuchses. Neben Merkel waren mit Dobrindt und Gabriel gleich weitere Regierungsmitglieder vertreten. Für mich bot die maritime Konferenz auch eine gute Gelegenheit, mich mit Parteifreunden wie dem Bremer FDP-Landesvorsitzenden Professor Hauke Hiltz, aber auch Vertretern aus IHK Nord, maritimer Wirtschaft (z.B. dem Verband deutscher Seehäfen), der europäischen Kommission und der Fischereiwirtschaft auszutauschen.

Teamklausur in Wismar

Das halbjährlich stattfindende Treffen meines Büros haben wir diesmal genutzt, um den nordöstlichen Teil meines Wahlkreises, Mecklenburg-Vorpommern, zu erkunden. Auf Einladung der IHK Schwerin trafen wir den Geschäftsführer des Seehafens Wismar, Michael Kremp, der uns in einem Vortrag die Vorteile des Standortes sowie die Geschäftsentwicklung erläuterte. Die Nachrichten waren fast durchweg positiv, was sich in den wachsenden Gewinnen des Unternehmens widerspiegelt. Der Hauptumsatz des Hafens wird mit der Lieferung von Salzen und Holz erwirtschaftet. Rohstoffe dafür kommen größtenteils aus Skandinavien und Russland und werden dann in alle Welt transportiert. Das war beeindruckend zu sehen. Der einzige Wermutstropfen, der uns geschildert wurde, ist die krankende Werft, die mit einem Nachfrageeinbruch zu kämpfen hat. Ein weiterer großer Vorteil des Seehafens ist, dass die gelieferten Waren zu einem Großteil in der Gegend weiterverarbeitet werden. Davon konnten wir uns auch gleich persönlich überzeugen, denn im Anschluss besuchten wir ein Werk für die Verarbeitung von Holzwerkstoffen der Firma Egger. Das Werk ist mit ca. 800 Mitarbeitern einer der größten Arbeitgeber in der Region und ein wichtiger Ausbildungsbetrieb. In der Werkstour wurde erläutert, wie das angelieferte Holz zu Dielen verarbeitet wird. Das ist eine Grundsäule des Betriebs, denn jede sechste Diele in Europa wird von Egger produziert. Im Anschluss an diese interessanten Einblicke in die örtliche Wirtschaft tagte ich mit meinem Team in Wismar, um die vergangenen Monate Revue passieren zu lassen und anstehende Aufgaben zu besprechen. Als Belohnung nach den vielen Sitzungstunden trafen wir uns mit Parteifreunden aus der Umgebung Schwerins und Wismars, um uns beim gemeinsamen Abendessen auszutauschen. Da im nächsten Jahr Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden, fand ich es gut von den Eindrücken vor Ort zu hören. Fakt ist, dass auch in diesem Wahlkampf die Flüchtlingsthematik und die wirtschaftliche Entwicklung Kernthemen sind. Ich denke und hoffe, dass die FDP hier mit ihren Kompetenzen und Lösungsansätzen punkten kann.

Treffen mit schwäbischen Transportunternehmern

Vor der Straßburgwoche bin ich einer seit langem ausgesprochenen Einladung der IHK Schwaben nach Augsburg gefolgt. Der Vorstand, fast alle Inhaber kleiner Unternehmen aus dem Regionalverkehr, hat großes Interesse an der richtigen verkehrspolitischen Weichenstellung aus Brüssel. Dazu gehören nicht nur Bürokratieabbau und mehr Flexibilität, beispielsweise bei den Lenk- und Ruhezeiten von Reisebusfahrern, sondern auch ein vereinfachtes einheitliches Verfahren für "Eintrittszahlungen" bei Busreisen in oder durch andere europäische Länder. Ebenso diskutiert haben wir Vor- und Nachteile von Ausschreibungen oder Direktvergabe über den kommunalen Verkehrsverbund für kleine Transportunternehmen. Dieses Thema spielt bei dem sogenannten "politischen Teil" der europäischen Gesetzgebung im Rahmen des "Eisenbahnpakets" eine Rolle. Dazu später mehr, denn die Verhandlungen dazu haben gerade erst begonnen.

Deutsche Angelfreunde treffen sich in Göttingen

Der deutsche Angelfischerverband, mit 700.000 Mitgliedern einer der größten deutschen Verbände, hatte mich für ein Grußwort auf seine Jahreshauptversammlung in Göttingen eingeladen. Mit der Präsidentin Christel Happach-Kasan, ehemals Bundestagsabgeordnete, und Hermann Grupe aus dem niedersächsischen Landtag konnte ich dabei ein liberales Wiedersehen feiern. Bei der Versammlung hab ich nicht nur viel Neues über Fischbestände und Naturschutzaktionen des Verbandes erfahren, sondern auch die aktuellen "Fische des Jahres" kennen gelernt: den Huchen für 2015 und den Hecht für 2016.

Terminvorschau

30.10.	Berlin	Auftakt des Frauenförderprogramms der Friedrich-Naumann-Stiftung
02.11.	Hamburg	FDP-Landesvorstand
03.11.	Marseille	Rede auf der Maritimen Konferenz
04./05.11.	Zagreb	Reise des Verkehrsausschusses
07.11.	Berlin	Bundesfachausschuss Verkehr
08.11.	Berlin	Freiheitskonvent der FDP
09.-12.11	Brüssel	Ausschüsse / Trilog / Fraktion (ALDE) / Miniplenium
10.11.	Berlin	Rede auf dem World Ocean Review 4
12.11.	Eschweiler	"Schlanke" Verbraucherpolitik für mündige Bürger
13.11.	Papenburg	Rede auf der Jahreshauptversammlung des GVN
14.11.	Hannover	Landesvorstand FDP
16.11.	Berlin	Fraktionsvorsitzendenkonferenz
18./19.11.	Brüssel	Fraktion / Trilog
19.-21.11.	Budapest	ALDE-Kongress
23.-26.11.	Straßburg	Plenarsitzung

30. Oktober 2015